

**Bonn (im) – Darf die Internet-Apotheke DocMorris nun oder darf sie nicht? Für den Deutschen Apothekerverband (DAV) ist die Antwort eindeutig: Trotz der Urteile zweier Landgerichte bleibt der Arznei-Versand nach Deutschland weiterhin verboten.**

Beide Entscheidungen stellten nicht die einstweilige Verfügung des Landgerichts Frankfurt am Main infrage, die der niederländischen Internet-apotheke den Versandhandel mit Medikamenten untersagt. Am 9. Januar hatte das Landgericht Stuttgart seine zuvor erlassene einstweilige Verfügung gegen DocMorris aufgehoben. Erwirkt hatte sie im Herbst die Gehe Pharma Handel GmbH. Der DAV hat nach eigenen Angaben nach Testkäufen unterdessen ein Ordnungsgeld gegen die Internetapotheker beim Frankfurter Landgericht verlangt. Auf diese gerichtliche Entscheidung sei der Verband gespannt.

Zu Jahresbeginn war die Entscheidung des Landgerichts Berlin bekannt geworden, wonach die Internetapotheker weder gegen das deutsche Arzneimittelgesetz (AMG) noch gegen das Heilmittelwerbegesetz

(HWG) verstoße. Das hatte DocMorris mitgeteilt. Dort hieß es, wegen des weiter geltenden Verbots des Frankfurter Landgerichts könne die Internetapotheker jedoch nach wie vor nicht automatisch Arzneimittel nach Deutschland verschicken. In Berlin hatte der Verband für sozialen Wettbe-

werb einen Antrag auf einstweilige Verfügung mit identischem Inhalt wie vor wenigen Wochen der Deutsche Apothekerverband eingereicht, war jedoch unterlegen. Berichten zufolge wollte sich der Wettbewerbsverband an das Oberlandesgericht Berlin wenden.

## Bearbeitung später?

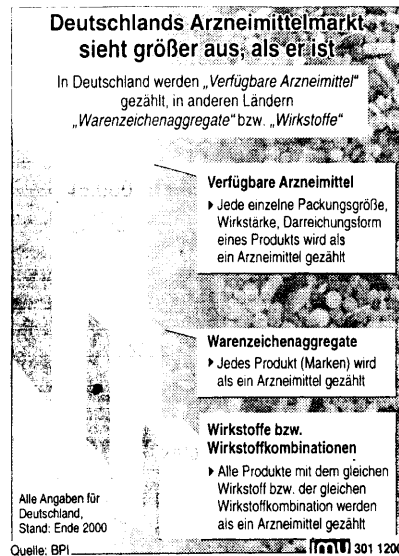
**BPI: Positivlisten-Kommission will Fakten schaffen**

**Frankfurt/Stuttgart – Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) sieht sich in seiner Befürchtung bestätigt, wonach mit der Vorschlagsliste zur Positivliste bereits Fakten geschaffen werden sollen.**

Der Geschäftsführer der Positivlisten-Kommission, Professor Klaus Quiring, hatte Pharma-Unternehmen mitgeteilt, Anträge zur Aufnahme ihrer Präparate in die Vorschlagsliste zur Positivliste könnten erst gestellt werden, wenn diese Liste beschlossen ist.

Dieser Auffassung hat der BPI, der die Positivliste grundsätzlich ablehnt, entschieden widersprochen. Die europäische Transparenzrichtlinie sehe ein uneingeschränktes Antragsrecht vor und stehe über den nationalen Regelungen. Die bereits eingehenden Anträge der Firmen müssten daher fristgerecht bearbeitet werden.

Der BPI hatte sich bereits im Herbst an die Kommission der Europäischen Union gewandt und darauf hingewiesen, dass die deutsche Positivlisten-Gesetzgebung der Transparenzrichtlinie widerspricht.



**KÜNSTLICH AUFGEBLÄHT:** Die amtliche Zählweise für Arzneimittel in Deutschland gibt einen falschen Eindruck vom Arzneimittelangebot in Deutschland. 2900 Wirkstoffen und Wirkstoffkombinationen sind auf dem deutschen Markt, kaum mehr als in anderen hochentwickelten Ländern.

## „Krankengeld privat absichern“

**Hartmannbund möchte Leistungskatalog der Krankenkassen abspecken**

**Berlin (rv/br) – Der Ärzteverband Hartmannbund hat eine große Kampagne angekündigt, in der Kassenärzte ihre Patienten über die schädlichen Auswirkungen der Budgetierung von Arznei- und Heilmitteln aufklären will.**

Es sei „das legitime Recht und die Verpflichtung der Kolleginnen und Kollegen“, durch Protestaktionen und möglicherweise auch durch Praxis-schließungen eindringlich klarzumachen, dass Ärzte gezwungen seien, Leistungen unter strengsten Sparzwängen zu überdenken, sagte der Vorsitzende Dr. Hans-Jürgen Thomas auf der Neujahrspresskonferenz seines Verbandes in Berlin.

„Wenn allein volkswirtschaftliche Strategien bei den Politikern den absoluten

manen Zielen in der Krankenversorgung haben, darf kein gewissenhafter Arzt sein berufliches Handeln solchen entwürdigenden und inhumanen Zielen unterordnen“, appellierte Thomas.

Außerdem spricht sich der Ärzteverband dafür aus, den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu „verschlanken“ und die sozialpolitischen Verschiebehahnhöfe zu Lasten der Krankenkassen rückgängig zu machen. Die finanzielle Entlastung der GKV sei vor dem Hintergrund drohender Unterversorgung der Bevölkerung mit medizinisch notwendigen Leistungen geboten, erklärte Thomas.

Neu ist der Vorschlag des Ärzteverbandes, Geldleistungen in der GKV zu streichen. Solche Zahlungen widersprechen

fest. Entbindungs- und Mutterschaftsgeld in Höhe von zusammen knapp drei Milliarden DM müssten als versicherungsfremde Leistungen vollständig aus Steuermitteln finanziert werden.

Den mit 14 Milliarden Mark jährlich größten Posten, das Krankengeld, sollten Krankenkassen-Mitglieder künftig ohne Arbeitgeberbeteiligung obligatorisch privat versichern, so der Hartmannbund weiter. Eine Absicherung des Nettoeinkommens würde für einen Durchschnittsverdiener etwa 40 bis 60 Mark Monatsprämie kosten. Im Gegenzug könnten die GKV-Beitragsätze gesenkt werden.

Diese Forderung stieß sowohl bei den Krankenkassen wie in der SPD auf scharfen Widerstand. Der AOK-Bundesverband betonte, für den Versicherten käme aber am

Es gehe darum, den Reformstau auch im Gesundheitswesen aufzulösen, nachdem Ulla Schmidt daran auch bei der Rentenversicherung beteiligt war.

Die bisherige Bundesgesundheitsministerin Fischer hatte mit ihrem Rücktritt die Verantwortung für Fehler bei der Bewältigung der BSE-Krise übernommen. Die Politikerin war im Herbst 1998 in das Amt gekommen. Sie hatte unmittelbar nach ihrem Amsantritt ein Vorschaltgesetz erlassen, um die finanzielle Lage der gesetzlichen Krankenkassen zu stabilisieren.

Anfang des Jahres 2000 trat ihre Gesundheitsreform in Kraft, allerdings wegen Vorbehalten der Länder in einer abgespeckten Fassung. Wesentliche Punkte waren die Beibehaltung der sektoralen Budgets, die Budgethaftung der Ärzte bei Überschreitung dieser Finanzrahmen, die Vorbereitung einer Positivliste für Arzneimittel, die Ausweitung von Fallpauschalen im Krankenhaus sowie die Stärkung der Hausärzte, denen ein eigener Honorartopf zugestanden wurde.

## AUS DEM INHALT

### Hausärzte verlieren

Die Hausärzte verlieren in den ärztlichen Gremien an Einfluss. Bei den Wahlen Kassenärztlichen Vereinigungen sind die Fachärzte im Vormarsch. Seite 2

### Notwendig oder nicht?

Die Frage, welche Leistungen die gesetzliche Krankenversicherung künftig noch erstatten soll, wird immer drängender. Standpunkt von Heinz Stüwe Seite 3

### Phyto-Ausschuss

Die Europa-Abgeordnete Dagmar Roth-Berendt hat einen speziellen Ausschuss für die Zulassung pflanzlicher Arzneimittel bei der Europäischen Arzneimittelagentur EMA gefordert. Seite 4

### Multiple Sklerose

Ein Programm, durch das Multiple-Sklerose-Kranke mit ihrer Erkrankung umzugehen lernen, soll Verzweiflung und Depressionen der Betroffenen eindämmen. Seite 5

### Termine

Seite 8

vertriebsstück Entgelt bez., Umschau Zeitschriftenverlag, Pt. 11 02 62, 60037 Ffm.  
 04323E 001A019 0415839 00456  
 ENTALBIBLIOTHEK  
 ER MEDIZIN  
 EITSCHRIFTENSTELLE  
 OSEPH-STELZMANN-STR. 7  
 0760 KÖLN

Bitte geben Sie bei Korrespondenzen mit dem Vertriebservice immer die siebenstellige Kundennummer an (vorletzter Zahlenblock auf dem Adressetikett). Umschau Zeitschriftenverlag, Postfach 11 02 62, 60037 Frankfurt/Postvertriebsstück D 4323 E, Entgelt bezahlt.